

# **Schweizer Energieversorgung**

**- sicher, wirtschaftlich, unabhängig**

**Positionspapier der schweizerischen Volkspartei**

**Mai 2003**

## Inhaltsverzeichnis

1. Die Forderungen der SVP auf einen Blick.....	3
2. Ja zu einer günstigen Energieversorgung.....	4
3. Besteuerung bedeutet Verteuerung .....	5
3.1. Keine neuen Steuern .....	5
3.2. Negative ausländische Beeinflussung .....	5
3.3. Teure fossile Energieträger .....	6
3.4. CO <sub>2</sub> -Gesetz.....	8
4. Funktionierende Energiemärkte .....	9
4.1. Öffnung der Märkte.....	9
4.2. Günstiger Strom für alle.....	10
4.3. Abbau der Regulierungen.....	11
5. Unabhängigkeit schafft Sicherheit.....	12
5.1. Sichere und vom Ausland möglichst unabhängige Versorgung .....	12
5.2. Wachstumsorientierte und günstige Energieversorgung .....	12
5.3. Effizienter und sparsamer Umgang .....	13
5.4. Sichere Verteilung .....	14
Anhang: Die einzelnen Energieträger .....	15
A) Wasserkraft.....	15
B) Kernenergie .....	16
C) Erdöl .....	18
a) Verarbeitung des Rohöls .....	18
b) Brennstoffe .....	18
c) Treibstoffe.....	19
D) Erdgas .....	19
E) Erneuerbare Energien .....	20
a) Windenergie .....	20
b) Sonnenenergie .....	21
c) Biomasse .....	21
d) Geothermie.....	22
Glossar .....	23
Masseinheiten .....	24
Dezimalfaktoren.....	24
Masseinheiten.....	24

## 1. Die Forderungen der SVP auf einen Blick

Eine sichere und günstige Energieversorgung ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz zentral. Die SVP lehnt daher neue Energiesteuern ab und fordert eine gesicherte und bedarfsgerechte Versorgung zu transparenten und günstigen Preisen. Die Effizienz muss gesteigert werden und die Verteilung gewährleistet sein. Die SVP verlangt zudem, dass Abhängigkeiten minimiert werden und die Energieversorgung möglichst diversifiziert erfolgt.

- Die SVP lehnt die Verteuerung der Energie ab und sagt nein:
  - zur CO<sub>2</sub>-Abgabe
  - zu einer ökologischen Steuerreform
  - zu neuen Energiesteuern
- Die SVP wehrt sich gegen eine ideologische Lenkung des Verbraucherverhaltens im Energiebereich durch Steuern und Abgaben.
- Die SVP setzt sich für eine eigenständige Energiepolitik ein und wehrt sich gegen die blinde Übernahme internationaler Modelle und Konzepte.
- Die SVP fordert, dass mit den Treibstoffsteuern ein Fonds geüffnet wird. Die Gelder sind zu verzinsen und zweckgebunden für den Strassenverkehr zu verwenden.
- Die SVP fordert die Korrektur der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele entsprechend dem international vereinbarten Standard. Diese Ziele sollen auf freiwilliger Basis ohne Zwangsabgaben erreicht werden.
- Die SVP begrüsst den umweltverträglichen, sicheren Weiterbetrieb der KKW und den gleichzeitigen, freiwilligen Ausbau der Nutzung alternativer Energien.
- Die SVP verfolgt eine mittel- und langfristige Öffnung der **Energiemärkte**. KMU, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sollen gegenüber dem benachbarten Ausland nicht benachteiligt werden. Auch die sichere und preisgünstige Versorgung der Haushalte muss bis in die Randgebiete gewährleistet sein.
- Die hohe Regelungsdichte und Auflagen, welche die Nutzung von Energie erschweren und verteuern, sind abzubauen. Die SVP begrüsst alternative Angebote im Markt. Sie haben sich aber durch Angebot und Nachfrage zu finanzieren.
- Die SVP fordert eine langfristige, bedarfsgerechte und wachstumsorientierte Energieversorgung. Sie unterstützt die Energieforschung, lehnt die Subventionierung der Anwendungen jedoch ab. Monopole und Diskriminierungen sind zu eliminieren.
- Die SVP setzt auf Freiwilligkeit und Selbstverantwortung zur Steigerung der Effizienz und zum sparsamen Umgang mit Energie.

## 2. Ja zu einer günstigen Energieversorgung

Energie ist ein unverzichtbares Gut. Bereits kleinste Verrichtungen des alltäglichen Lebens benötigen Energie. Sie ist die Grundlage des modernen menschlichen Lebens in all seinen Aspekten.

Energie steht im Zentrum der **wirtschaftlichen Tätigkeit**. Sie ist die Voraussetzung für die Produktion von Gütern und für ein breites Dienstleistungsangebot. Der Energiepreis schlägt sich direkt auf den Verkaufspreis eines Produktes oder einer Dienstleistung nieder. Da sich die Schweizer Industrie, die KMU und das Gewerbe zu einem grossen Teil am Export orientieren, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die vergleichbar oder besser sind als diejenigen, die für ausländische Konkurrenten gelten. Die Preise für Energieträger und Verteilung müssen transparent und marktorientiert sein, Diskriminierungen aufgehoben werden. Energie muss in genügendem Mass und sicher vorhanden sein.

**Mobilität** ist eine wichtige Voraussetzung für den Wohlstand unseres Landes. Die Überwindung grosser Distanzen, der Güterverkehr und die termingerechte Lieferung von Gütern sind ohne den Einsatz moderner Transportmittel nicht möglich. Auch sie benötigen Energie für ihren Betrieb. Einen weiteren Faktor stellen auch die privaten Freizeitaktivitäten dar. Mit 33,9% am gesamten Endenergieverbrauch 2001<sup>1</sup> nimmt der Verkehr denn auch die Spitzenposition unter den Verbrauchern ein.

Die moderne **Kommunikationstechnologie** hat in den vergangenen Jahren eine schier unglaubliche Entwicklung erfahren und ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Dabei brauchen nicht nur die Geräte selber Energie für ihren Betrieb. Mobiltelefonie und Internet sind auf Übertragungsnetze angewiesen, die Energie konsumieren. Schliesslich ist Energie – konkret: Strom – auch das eigentliche Trägermedium moderner Kommunikation. Ihre Inhalte werden in elektrische Signale verwandelt und so dem Empfänger übermittelt.

Unsere **Haushalte** verbrauchen Energie für den Betrieb von Haushaltsgeräten, Unterhaltungselektronik und die modernen Kommunikationsmittel, die wir täglich benutzen. Ebenso selbstverständlich sind uns Beheizung, Warmwasserbereitung und Licht. Die Haushalte sind denn auch die zweitgrössten Endverbraucher von Energie in der Schweiz. Sie verbrauchen 27,7% der Energie in der Schweiz<sup>2</sup>.

**Die SVP fordert eine sichere und günstige Energieversorgung für unser Land. Sie muss im Vergleich zum Ausland im Wettbewerb bestehen können.**

<sup>1</sup> Gesamtenergiestatistik 2001, S. 3, inkl. interner Werkverkehr.

<sup>2</sup> Gesamtenergiestatistik 2001, S. 3.

### **3. Besteuerung bedeutet Verteuerung**

#### **3.1. Keine neuen Steuern**

Das Stimmvolk hat im Jahr 2000 die beiden Energievorlagen<sup>3</sup>, den Gegenvorschlag und damit eine ökologische Steuerreform abgelehnt. Mit der Ablehnung des EMG haben sich die Stimmbürger auch gegen die kostenlose Zuleitung von erneuerbaren Energien und damit gegen ihre Förderung ausgesprochen. Dennoch taucht das Thema von ökologisch begründeten Förder- und Lenkungsabgaben immer wieder auf. Das eigentliche Ziel ist die Umerziehung der Bürger zum Konsum so genannt sauberer Energien. Dieses Ansinnen ist unsinnig, denn die Kunden sind davon abhängig, dass ihr Lieferant die entsprechenden Produkte anbietet<sup>4</sup>.

Vor dem Hintergrund, dass Volk und Stände im Herbst 2000 den Förderabgabenbeschluss verworfen haben, verzichtet der Bundesrat vorderhand darauf, dem Parlament einen Verfassungsartikel zu einer ökologischen Steuerreform zu unterbreiten. Er hält grundsätzlich aber an der Idee fest und wird in Zukunft wieder darauf zurückkommen<sup>5</sup>. Diesem Ansinnen ist entschieden entgegenzutreten. Eine weitere Verteuerung der Energie hätte fatale Auswirkung auf den Wirtschaftsstandort Schweiz. Und würde Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden. Auch macht eine durch solche Abgaben finanzierte Förderung erneuerbarer Energien keinen Sinn: Auch erneuerbare Energien müssen konkurrenzfähig sein und auf dem Markt bestehen. Ungeklärt ist weiterhin, ob sie überhaupt das Potenzial haben, die „schmutzigen“ fossilen Energieträger und die Kernkraft zu ersetzen. Letztlich wurden aber die Anliegen einer verstärkten Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien, die rationelle und sparsame Energienutzung und die Abgaben auf fossile und schwefelhaltige Energieträger bereits im EnG, im CO<sub>2</sub>-Gesetz und im Mineralölsteuergesetz verankert.

**Die SVP lehnt neue Energiesteuern ab und fordert die zweckgebundene Verwendung der Energieabgaben.**

#### **3.2. Negative ausländische Beeinflussung**

Immer wieder werden Vorlagen zur Besteuerung von Energie präsentiert, die von ausländischen Einflüssen geprägt sind. Dies gilt insbesondere für das CO<sub>2</sub>-Gesetz, das auf die internationalen Vereinbarungen von Kyoto zurückgeht. Es gilt ebenso für die Alpenkonvention, die mit dem Zusatzprotokoll Energie erheblich in die Schweizer Energiepolitik eingreifen würde, und für die Einspeisevergütung im EnG, welche die Schweiz von Deutschland übernommen hat. Betont werden immer wieder die Entscheide von

<sup>3</sup> Die „Energie-Umwelt-Initiative“ und die „Solar-Initiative“.

<sup>4</sup> Siehe auch unter 4.3.

<sup>5</sup> Basler Zeitung, 10.12.02, S.7.

Deutschland, Belgien und Schweden, die den Ausstieg aus der Kernkraft beschlossen haben. Diese Beschlüsse bestehen auf dem Papier, umgesetzt sind sie bisher nicht. Verschwiegen wird dabei, dass sich Finnland für den Ausbau der Kernenergie entschieden hat und Italien seit dem 1986 beschlossenen Ausstieg mit Versorgungsproblemen kämpft. Auch im Vereinigten Königreich und in Frankreich bleibt die Kernkraft noch auf längere Sicht ein wichtiger Energiezweig. Eine eigenständige Energiepolitik hat sich ausschliesslich an den Bedürfnissen der Schweiz zu orientieren.

**Die SVP fordert eine eigenständige Energiepolitik und wehrt sich gegen die vorbehaltlose Übernahme internationaler Konzepte.**

### 3.3. Teure fossile Energieträger

Fossile Energieträger sind zusätzlich zur Mehrwertsteuer durch die Mineralölsteuer, den Mineralölsteuerzuschlag und die Lenkungsabgabe auf Heizöl extraleicht belastet. Einen Überblick über die gewaltigen Summen, die der Bund über die Energieabgaben einnimmt, gibt die folgende Aufstellung.

Abgabe (Abgabearart)	Gesetzliche Grundlagen	Bemessungsgrundlagen, Abgabesätze	Aufkommen in Mio. CHF (Jahr) (Datenquelle)	Verwendung
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	MinöStG (SR 641.61) MinöStV (SR 641.611)	Motorenbenzin verbleit, unverbleit: CHF 431.20 pro 1000 Liter bei 15°C Dieselöl: CHF 458.70 pro 1000 Liter bei 15°C Petrol: CHF 439.-- pro 1000 Liter bei 15°C Erdgas (als Treibstoff): CHF 409.90 pro 1000 kg Eigenmasse	2949,2 (2000) (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	Zweckgebunden: 50% für Strassenverkehr Allgemeine Finanzierung: 50% für allgemeinen Staatshaushalt
Mineralölsteuer-Zuschlag auf Treibstoffen	MinöStG (SR 641.61) MinöStV (SR 641.611)	Motorenbenzin verbleit, unverbleit: CHF 300.-- pro 1000 Liter bei 15°C Dieselöl: CHF 300.-- pro 1000 Liter bei 15°C Petrol: CHF 300.-- pro 1000 Liter bei 15°C Erdgas (als Treibstoff): CHF 399.30 pro 1000 kg Eigenmasse	2002,9 (2000) (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	Zweckgebunden: 100% für Strassenverkehr
Mineralölsteuer auf Brennstoffen	MinöStG (SR 641.61) MinöStV (SR 641.611)	Heizöl EL: CHF 3.-- pro 1000 Liter bei 15°C Erdgas (als Brennstoff): CHF 2.10 pro 1000 kg Eigenmasse	22,6 (2000) (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	Zweckgebunden: 50% für Strassenverkehr Allgemeine Finanzierung: 50% für allgemeinen Staatshaushalt

Lenkungs- abgabe auf Heizöl Extraleicht	Verordnung über die Lenkungsabgabe auf „Heizöl Extraleicht“ mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1% HELV (SR 814.019)	CHF 12.-- pro 1000 kg HEL mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1% (% Masse). Dieser Satz entspricht CHF 10,14 je 1000 Liter bei 15°C.	0,367 (2000) (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)	Rückverteilung an Bevölkerung via Krankenversicherung
CO <sub>2</sub> -Abgabe	Bundesgesetz über die Reduktion der CO <sub>2</sub> -Emissionen (SR 641.71)	Max. CHF 210.-- pro Tonne CO <sub>2</sub>	Einführung frühestens 2004 <sup>6</sup>	Rückverteilung an Bevölkerung via Krankenversicherung und entsprechend AHV-Lohnsumme an die Die Industrie, die KMU und das Gewerbe

**Fazit: Ein Automobilist bezahlt mit Mineralölsteuer und dem Zuschlag 73.12 Rappen pro Liter Benzin und 75.87 Rappen pro Liter Diesel, und dies unabhängig vom aktuellen Erdölpreis. Die Steuern machen also weit mehr als die Hälfte des Preises aus.**

Die Aufstellung<sup>7</sup> zeigt auch eine massive Mehrbelastung der Treibstoffe gegenüber den Brennstoffen. Sie belastet nicht nur den Güterverkehr, sondern in hohem Masse auch den Individualverkehr. In Anbetracht der steigenden Anforderungen an die berufliche Mobilität und der zunehmenden Trennung von Wohn- und Arbeitsort belasten diese Abgaben die Leistungsfähigkeit von Industrie, KMU und dem Gewerbe in der Schweiz doppelt<sup>8</sup>. Die Mehrbelastung der Treibstoffe zeigt denn auch einmal mehr die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs<sup>9</sup> in der Schweiz.

**Die SVP fordert, dass mit den Treibstoffsteuern ein Fonds geöffnet wird. Die Gelder sind zu verzinsen und zweckgebunden für den Strassenverkehr zu verwenden.**

<sup>6</sup> BUWAL, Emissionen nach CO<sub>2</sub>-Gesetz und Kyoto-Protokoll, errechnet für 2001 einen Ausstoss von insgesamt 40 Mio. t CO<sub>2</sub> (Brenn- und Treibstoffe). Daraus ergibt sich ein Gesamtertrag von max. SFr. 8,4 Mia.

<sup>7</sup> BFS, Umweltbezogene Abgaben in der Schweiz 1990-2000, Neuchâtel 2001, S. 29f.

<sup>8</sup> 00.3433 Ip. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Energieverteuerung und die damit verbundene Gefahr des wirtschaftlichen Einbruches.

<sup>9</sup> Im Hinblick auf den Ausbaustand des schweizerischen Nationalstrassennetzes ist die Zweckentfremdung der Abgaben für den allgemeinen Staatshaushalt mehr als stossend. Verschärft wird dieser Umstand noch durch die Tatsache, dass der öffentliche Verkehr auch aus den Abgaben auf fossile Energieträger finanziert wird. Seit langem fordert die SVP deshalb die Äufnung eines verzinslichen Fonds, in den die für den Strassenbau bestimmten Gelder eingebracht werden sollen (01.464 Pa.Iv. Hofmann Hans, Fonds für den Strassenverkehr).

### 3.4. CO<sub>2</sub>-Gesetz

Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz<sup>10</sup> hat die Schweiz ein isoliertes Vorgehen<sup>11</sup> in Verschärfung der internationalen Vereinbarungen gewählt. Auf der internationalen Konferenz von Kyoto hat sich die Staatengemeinschaft eine weltweite Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 8% bis 2010 gegenüber dem Stand von 1990 zum Ziel gesetzt. Die Schweiz dagegen hat sich ein Reduktionsziel von 10% gesetzt. Die SVP hat von Anfang an eine Anpassung des Gesetzes an die internationale Vereinbarung gefordert<sup>12</sup>.

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe, die bei Nichterreichen der Reduktionsziele ab 2004 auf jeglichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss erhoben werden kann, wird zwar als Emissionsabgabe bezeichnet, doch lässt sie sich auch als eigentliche Energieabgabe beschreiben, da sie auf fossile Energieträger erhoben wird und zudem eng an die Regelungen der Mineralölsteuer<sup>13</sup> gekoppelt ist. Die SVP hat auch hier schon gefordert, dass die Ziele ohne Abgaben erreicht werden müssen. Da es sich bei klimapolitischen Massnahmen im weitesten Sinn immer auch um Bewusstwerdungsprozesse handelt, sind Zwangsabgaben<sup>14</sup>, die einer Bestrafung gleichkommen, kontraproduktiv. Dagegen gibt es Massnahmen, die der Erreichung der Reduktionsziele tatsächlich dienen würden und die bisher verhindert werden, wie die steuerliche Entlastung des Diesels<sup>15</sup> und die Anrechnung der CO<sub>2</sub>-Senken<sup>16</sup>.

**Die SVP fordert eine Gesetzesrevision zur Anpassung der Reduktionsziele an den international vereinbarten Standard.**

**Die CO<sub>2</sub>-Ziele sollen auf freiwilliger Basis ohne Zwangsabgaben erreicht werden.**

**Die steuerliche Entlastung des Diesels ist umzusetzen und die CO<sub>2</sub>-Senken sind anzurechnen.**

<sup>10</sup> Vgl. dazu CO<sub>2</sub>-Reduktion ohne neue Steuern und Abgaben, Positionspapier der SVP, April 2001 (CO<sub>2</sub>-Papier).

<sup>11</sup> 01.3225 Ip. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Verwirrung um CO<sub>2</sub>-Emissionsstatistiken.

<sup>12</sup> PK vom 23. April 2001; Communiqué vom 2. Juli 2001; 01.422 Pa.Iv. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Reduktionsziel im CO<sub>2</sub>-Gesetz. Anpassung an das Kyoto-Protokoll.

<sup>13</sup> 01.420 Pa.Iv. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Reduktionsziel im CO<sub>2</sub>-Gesetz. Aufhebung der Teilziele; 01.3227 Mo. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Umgestaltung der Treibstoffbesteuerung zur Bevorzugung klimafreundlicher Treibstoffe; 01.3228 Mo. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe. Berücksichtigung der Brenn- und Treibstoffpreise aller wichtigen Handelspartner der Schweiz.

<sup>14</sup> 01.3226 Po. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Flexible Instrumente zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen; 03.414 Pa.Iv. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Fakultatives Referendum bei der Festlegung des CO<sub>2</sub>-Abgabesatzes.

<sup>15</sup> 01.3227 Mo. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Umgestaltung der Treibstoffbesteuerung zur Bevorzugung klimafreundlicher Treibstoffe; 03.413 Pa.Iv. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Haushaltneutrale steuerliche Entlastung des Dieseltreibstoffes.

<sup>16</sup> 01.421 Pa.Iv. Fraktion der Schweiz. Volkspartei, Reduktionsziel im CO<sub>2</sub>-Gesetz. Berücksichtigung des gesamten CO<sub>2</sub>-Haushaltes.

### **3.5. Klimaproblematik**

Die SVP ist sich bewusst, dass heute eine Diskussion der Energiepolitik immer auch das Thema der Klimabelastung einschliessen muss. Das Problem des Schadstoffausstosses lässt sich nicht allein durch eine illusorische Einschränkung des Verbrauchs und eine idealistische Steuerung des Verbraucherverhaltens lösen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Kernkraft neue Bedeutung. Als emissionsarme Energieform ist sie weiterhin zu nutzen, solange die Sicherheit der Anlagen gewährleistet werden kann<sup>17</sup>.

An Bedeutung gewinnen zunehmend auch die erneuerbaren Energien. Noch sind sie, abgesehen von der Wasserkraft, nicht in der Lage, eine sichere und günstige Versorgung zu gewährleisten. Ihre Nutzung begrüsst die SVP als freiwillige und eigenverantwortliche Anstrengungen, die zu einer Verringerung klimaschädlicher Emissionen beitragen. Angesichts der Tatsache, dass soziale Aspekte und Ökobilanz zunehmend auch zu Wettbewerbsfaktoren für die Unternehmen werden, sind Förderprogramme unnötig. Flankierende Massnahmen und Vorschriften stellen einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar und sind unnötig, da die Nachfrage nach energieeffizienten Produkten und Dienstleistungen in Zukunft eher steigen wird. Im Sinne einer gesicherten, günstigen und umweltverträglichen Energieversorgung begrüsst die SVP ein Nebeneinander von Kernkraft und alternativen Energien.

**Die SVP begrüsst den umweltverträglichen, sicheren Weiterbetrieb der KKW und den gleichzeitigen, freiwilligen Ausbau der Nutzung alternativer Energien.**

## **4. Funktionierende Energiemärkte**

### **4.1. Öffnung der Märkte**

Als Produktionsfaktor beeinflussen die Energiepreise wesentlich die Kosten, zu welchen die Wirtschaft in der Schweiz ihre Leistungen erbringen können. Verfügbarkeit und Preis der Energie stellen letztlich auch Faktoren für einen Standortentscheid der Unternehmen dar. Die Aufhebung der Monopole und der damit verbundene rasche und ungehinderte Zugang zu freien Energiemärkten dienen der Stärkung und dem Erhalt des Wirtschafts- und Werkplatzes Schweiz sowie der Sicherung der Arbeitsplätze.

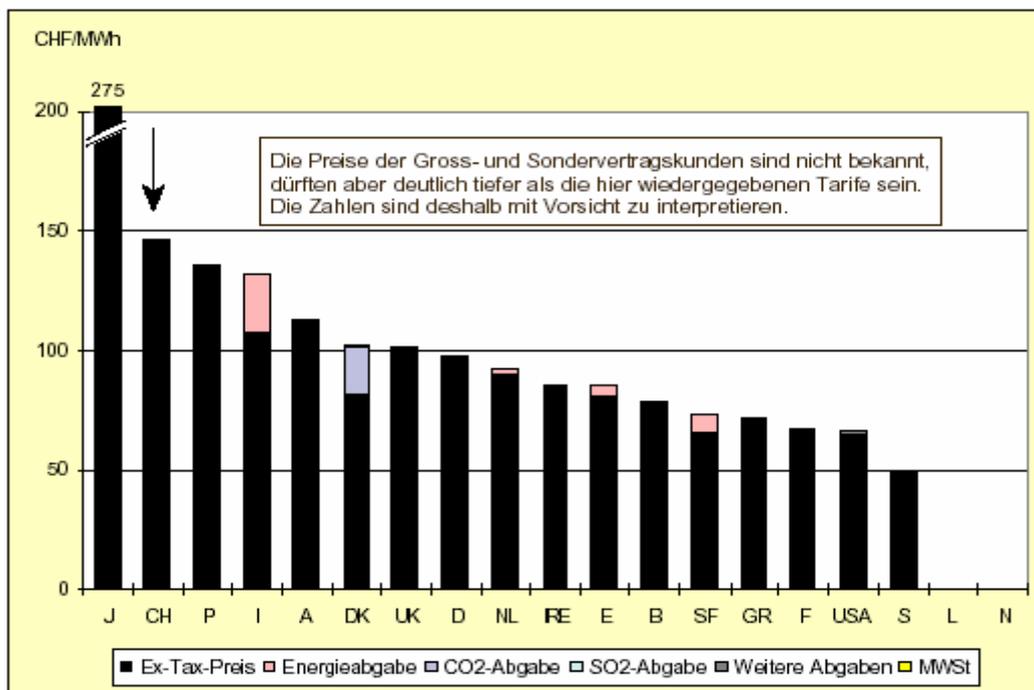
Einer Öffnung der Energiemärkte, insbesondere des Elektrizitätsmarktes, darf sich die Schweiz nicht entziehen. Durch ihre geografische Lage nimmt die Schweiz eine wichtige Drehscheibenfunktion innerhalb des europäischen Stromnetzes ein. Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft ist durch den Export in den entstehenden Binnenmarkt eingebunden

---

<sup>17</sup> Vgl. dazu auch unter Anhang, B) Kernenergie.

und steht damit im internationalen Wettbewerb auf einem offenen europäischen Strommarkt. Die heute noch bestehenden natürlichen Monopole verringern die Wettbewerbsfähigkeit und müssen abgeschafft werden.

**Die SVP verfolgt eine mittel- und langfristige Öffnung der Energiemärkte. Die Schweizer Wirtschaft darf gegenüber dem benachbarten Ausland nicht benachteiligt werden.**



Elektrizitätspreise und -abgaben der Tarifkunden in verschiedenen Ländern Ende 90er Jahre<sup>18</sup>.

#### 4.2. Günstiger Strom für alle

Die Energiepreise, welche die KMU in der Schweiz bezahlen müssen, gehören zu den höchsten in Europa. Die Strompreise für die Schweizer Haushalte liegen dagegen im europäischen Durchschnitt<sup>19</sup>. Gross- und Sondervertragskunden profitieren allerdings von nicht publizierten, tieferen Tarifen, und es werden ihnen Rabatte<sup>20</sup> gewährt, um sie bei einer Öffnung des Marktes als Kunden zu behalten. Eine moderate Öffnung des Marktes auch für Haushalte verhindert, dass diese die so allenfalls entstandenen Verluste tragen müssen.

<sup>18</sup> Bundesamt für Energie, Vergleich der Energiepreise in verschiedenen OECD-Ländern, Publikation vom 10.1.01, S. 2.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Vgl. Cash, 27.9.02, S. 39.

Angesichts der Bedeutung, die der Schlüsselenergie Elektrizität zukommt, bedeutet Versorgungssicherheit aber nicht einfach die gesicherte Verteilung in alle Regionen, sondern auch Preissicherheit. Die Haushaltskunden, die als feste Kunden in den Genuss einer sicheren Versorgung und stabiler, transparenter Preise kommen sollen, sind auch davor zu bewahren, dass sie über Zuschläge und Lenkungsabgaben die Anwendung erneuerbarer Energien subventionieren müssen.

**Die sichere und günstige Versorgung der Haushalte ist bis in die Randregionen zu gewährleisten.**

### **4.3. Abbau der Regulierungen**

Das EnG schreibt vor, dass alternativ produzierter Strom ins Netz einzuspeisen ist. Netzbetreiber müssen auch nicht regelmässig produzierte Energieüberschüsse ins Netz aufnehmen<sup>21</sup>. Diese Regulierung hat entscheidende Nachteile. Ein erster besteht darin, dass die Abgeltung von Stromüberschüssen aus erneuerbaren Energien nicht marktorientiert erfolgt. Ein zweiter Nachteil: Die derart produzierte Elektrizität mag sich zwar grosser Beliebtheit bei umweltbewussten Konsumenten erfreuen, hat aber kaum einen Einfluss auf die nach wie vor noch sehr hohen Preise. Zwar können Konsumenten etikettierten Ökostrom einkaufen, allerdings nur bei demjenigen Produzenten, der sie aufgrund seines natürlichen Monopols versorgt, und sofern dieser Strom aus erneuerbaren Energien anbietet. Um die tatsächliche Marktfähigkeit erneuerbarer Energien zu prüfen, muss ein offener Markt für erneuerbare Energien geschaffen werden.

Diese Regulierung steht exemplarisch für die inkonsequente Energiepolitik der Schweiz. Zwar wird einerseits der Einsatz von erneuerbaren Energien propagiert und vom Gesetz verlangt. Andererseits wird ihr effizienter Einsatz durch eine ungeheure Regelungsdichte aber immer wieder verhindert. Beispiel dafür ist die Wasserkraft. Sie ist die wichtigste erneuerbare Energie, über welche die Schweiz verfügt, allerdings werden in Erfüllung der Restwasserauflagen bis zu 5000 GWh jährlich nicht genutzt<sup>22</sup>.

**Die hohe Regelungsdichte und Auflagen, welche die Nutzung von Energie erschweren und verteuern, sind abzubauen. So können sich auch alternative Angebote im Markt behaupten.**

<sup>21</sup> EnG, Art. 7 Abs. 3, 5.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Mo. 03.3096, Gewässerschutzgesetz. Revision.

## **5. Unabhängigkeit schafft Sicherheit**

### **5.1. Sichere und vom Ausland möglichst unabhängige Versorgung**

Unsere Abhängigkeit vom Erdöl illustriert die Gefahren. Zwei Ölkrisen haben gezeigt, welche Folgen eine Drosselung und Verteuerung der Energieproduktion haben. Auch heute sehen wir uns mit Risiken im Zusammenhang mit der Abhängigkeit vom Erdöl konfrontiert. Jeder grössere Konflikt, der in einer Erdölregion entbrennt, kann massive Auswirkungen auf die Höhe des Erdölpreises haben. Eine Verteuerung von Energie oder eine Versorgungskrise sind heute immer auch Auslöser für eine Wirtschaftskrise.

Unser Land verfügt, ausgenommen die Wasserkraft, über keine wesentlichen eigenen Energieressourcen. Daher wird auch in Zukunft eine relativ hohe Auslandsabhängigkeit bestehen bleiben. Eine diversifizierte Energieversorgung dagegen vermeidet allzu grosse Abhängigkeiten sowohl von einzelnen Energieträgern als auch von einzelnen Produzenten/Lieferanten. Eine breit abgestützte Versorgung, die auch alternative Möglichkeiten entsprechend ihrer Kapazität berücksichtigt, schafft grössere Sicherheit. Die Sicherung der Energieversorgung hat daher undogmatisch zu erfolgen. Es gilt diejenigen Energien zu nutzen, die zur Verfügung stehen, ohne einzelne Energien aus ideologischen Gründen zu ächten oder zukünftige Entwicklungen zu verhindern.

**Die SVP tritt dafür ein, dass Abhängigkeiten minimiert werden und die Energieversorgung diversifiziert erfolgt.**

### **5.2. Wachstumsorientierte und günstige Energieversorgung**

Unsere Gesellschaft verbraucht auch in Zukunft tendenziell immer mehr Energie. Das Problem verschärft sich noch auf einer globalen Ebene mit der Entwicklung der dritten Welt und der Schwellenländer. Der Glaube, dass es eine Zukunft mit abnehmendem Energieverbrauch gebe, gehört ins Reich der Utopien.

Die Energieversorgung muss langfristig gewährleistet sein und auch ein abruptes Wachstum des Verbrauchs decken können. Sie hat bedarfsgerecht zu erfolgen. Voraussetzung ist die genaue und realistische Analyse des Potenzials, das eine Energieform mittel- und langfristig aufweist. Entsprechend verdient aus Sicht der SVP die Erforschung neuer Energiequellen und –technologien Aufmerksamkeit, die Subventionierung der Anwendungen hingegen ist abzulehnen.

Wettbewerb schafft bessere und preiswertere Leistungen. Produktion, Einfuhr und Verteilung von Energie sollen nach transparenten und wirtschaftlichen Kriterien erfolgen. Energie ist ein unverzichtbares Gut und es besteht daher keine Frage, ob sie Käufer findet, sondern allenfalls in welcher Form sie nachgefragt und wie sie angeboten wird. Eine Förderung der

einen Energien auf Kosten anderer macht keinen Sinn, da sie lediglich einer Umverteilung der vorhandenen Mittel entspricht. Energien, die auf dem Markt nachgefragt werden, brauchen keine Förderung.

Der Bereich der leitungsgebundenen Energien ist heute von Monopolen beherrscht. Das führt zu intransparenten Preisen, mangelnder Kostenwahrheit und verteuerten Energiepreisen. Die Monopole müssen im Interesse der KMU, der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft in der Schweiz aufgehoben werden. Die Märkte müssen geöffnet und die Netze Dritten zugänglich gemacht werden, damit der Wirtschaftsstandort Schweiz ebenso wie die schweizerische Energiewirtschaft gegenüber ausländischen Konkurrenten wettbewerbsfähig bleiben.

**Die SVP verlangt eine langfristige, bedarfsgerechte und wachstumsorientierte Energieversorgung. Sie unterstützt die Energieforschung, lehnt die Subventionierung der Anwendungen jedoch ab. Monopole müssen aufgehoben werden.**

### **5.3. Effizienter und sparsamer Umgang**

Die zentrale Frage lautet heute nicht mehr, wie man genügend Energie gewinnen kann, sondern wie die Belastung der Umwelt durch Produktion und Verbrauch verringert werden kann. Die Verringerung der Belastungen kann nur im Verbund mit allen Teilen der Gesellschaft gewährleistet werden. Entsprechend wichtig ist der Begriff Effizienz geworden. Energie soll sparsam genutzt, Verluste möglichst vermieden und die Effizienz gesteigert werden. Energie soll nicht einmal verbraucht, sondern mehrmals in allen ihren Formen genutzt werden.

Der Auftrag zu einem sparsamen Umgang mit Energie und die forcierte Nutzung erneuerbarer Energien sind im EnG und im CO<sub>2</sub>-Gesetz festgeschrieben. Um Massnahmen und Konzepte zu formulieren, ist das Programm EnergieSchweiz<sup>23</sup> ins Leben gerufen worden. Es gilt als wichtiges Instrument der Energiepolitik und koordiniert die

---

<sup>23</sup> Die Ziele von EnergieSchweiz für das neue Jahrzehnt sind vorgegeben durch die Bundesverfassung, das Energie- und das CO<sub>2</sub>-Gesetz sowie die schweizerischen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Klimakonvention. Sie lauten wie folgt:

- Zwischen 2000 und 2010 sollen der Verbrauch fossiler Energien und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss um zehn Prozent sinken.
- Der Elektrizitätsverbrauch darf höchstens um fünf Prozent wachsen.
- Die Wasserkrafterzeugung darf nicht sinken – trotz der Öffnung des Elektrizitätsmarktes.
- Der Anteil der übrigen erneuerbaren Energien soll weiter steigen, und zwar um 0,5 Terawattstunden (TWh) oder 1 Prozentpunkt an der Stromerzeugung und um 3 TWh oder 3 Prozentpunkte an der Wärmeerzeugung.

Wichtige nicht quantifizierbare Ziele von EnergieSchweiz sind die Entwicklung eines ausgeprägteren Energiebewusstseins in der Bevölkerung als Voraussetzung für freiwillige Massnahmen, die engere Zusammenarbeit aller Akteure, Innovationen in allen Bereichen und damit die Stärkung der schweizerischen Wirtschaft. ([www.energie-schweiz.ch](http://www.energie-schweiz.ch))

Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und der Wirtschaft zur Steigerung der Energieeffizienz und zum sparsamen Umgang mit Energie. Die SVP begrüsst grundsätzlich die Anstrengungen zur Steigerung der Effizienz im Energiebereich. Sie begrüsst insbesondere den Ansatz der freiwilligen Zusammenarbeit. Ein teures staatliches Koordinationsprogramm wie EnergieSchweiz lehnt die SVP ab.

Sparanstrengungen allein lösen bei steigendem Verbrauch das Problem nicht. Es müssen neue emissionsarme Energiequellen gefunden und die Nutzung bestehender ausgebaut werden. Die Energieforschung kann dabei neue Wege aufzeigen und technische Lösungen anbieten. Die Erschliessung neuer Quellen und die Anwendung neuer Technologien müssen und können sich dagegen im Markt durchsetzen. Denn das Problem der Umweltbelastung ist erkannt, entsprechende Gesetze erlassen und seine Lösung liegt letztlich im Interesse eines jeden Einzelnen.

**Die SVP setzt auf freiwillige Anstrengungen zur Steigerung der Effizienz und zum sparsamen Umgang mit Energie und lehnt jegliche Lenkungsabgaben ab.**

#### **5.4. Sichere Verteilung**

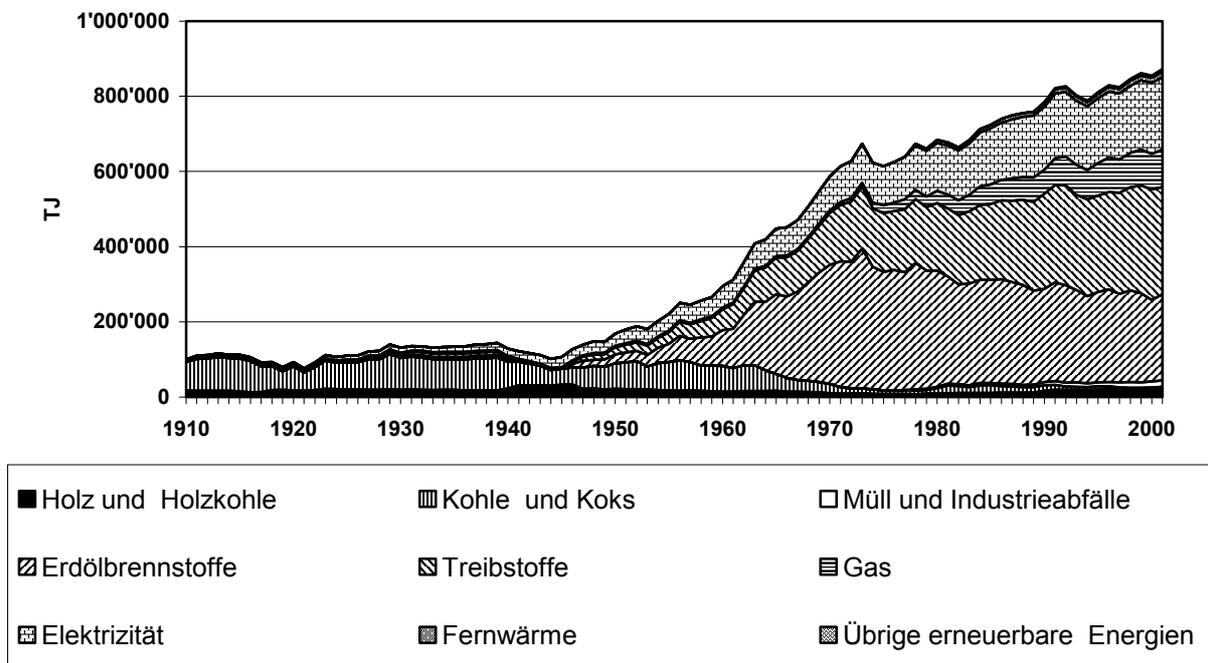
Zu einer gesicherten Energieversorgung gehört zwingend die sichere Verteilung an die Abnehmer – auch in den Rand- und Bergregionen. Die Transportwege müssen über die nötige Kapazität verfügen und sich in alle Regionen erstrecken. Gerade strukturschwache Gebiete sind auf die Versorgung mit Energie dringend angewiesen. Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau und Betrieb von Industrie, KMU, Gewerbe und Landwirtschaft ist die Verfügbarkeit von Energie.

Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer unabhängigen Energieversorgung kann die dezentrale Erzeugung leisten. Sie basiert auf kleineren Kraftwerken, die dort Energie erzeugen, wo sie gebraucht wird. Die kleinen Wasserkraftwerke in der Schweiz arbeiten nach diesem Prinzip. Ursprünglich aus einem Sachzwang entstanden, weist das Konzept auch heute noch verschiedene Vorteile auf. Es vermeidet lange Transportwege zu den Abnehmern und minimiert damit den Transportverlust. Die Abhängigkeit von einem einzelnen oder mehreren grossen Anbietern und Produktionsanlagen wird vermieden. Insgesamt leistet auch die dezentrale Erzeugung ihren Beitrag zu einer krisenresistenten Versorgung.

**Die SVP steht dafür ein, dass die sichere und unabhängige Versorgung bis in die Randgebiete gewährleistet ist.**

## Anhang: Die einzelnen Energieträger

Endverbrauch 1910-2001 nach Energieträgern



Quelle: [www.energie-energy.ch/statistik/endverbrauch-grafik.htm](http://www.energie-energy.ch/statistik/endverbrauch-grafik.htm)

Die Aufstellung zeigt die grosse Bedeutung des Erdöls, Brenn- und Treibstoffe, und die Zunahme im Verbrauch von Elektrizität und Gas. Fernwärme und übrige erneuerbare Energien (oben rechts) tragen hingegen erst marginal zur Energieversorgung bei.

### A) Wasserkraft

Die wichtigste und produktivste erneuerbare Energie in der Schweiz ist unbestritten die Wasserkraft. Dank der günstigen topografischen Verhältnisse bieten die Alpen ideale Voraussetzungen für ihre Nutzung. Mit dem in den Stauseen gespeicherten Wasser kann Strom weitgehend nach Bedarf erzeugt werden und so konsumangepasst angeboten werden. Diesen wirtschaftlichen Vorteil gilt es zu nutzen. Die Nutzung der Wasserkraft verringert die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten und nichtregenerierbaren Energieträgern, auf denen Abgaben und Steuern erhoben werden. Ihre Verfügbarkeit leistet einen erheblichen Beitrag an die Versorgungssicherheit. Allerdings verhindert bisher ein allzu rigoroses Gewässerschutzgesetz die effektive Nutzung der Wasserkraft. In Erfüllung der Restwasserauflagen gehen jährlich 5000 GWh Strom verloren. Im Hinblick auf den Klimaschutz muss das Gewässerschutzgesetz revidiert und die Restwassermengen tiefer angesetzt werden. Ein zusätzliches Problem stellt sich mit dem Heimfall der Wasserkraftwerke nach Ablauf der Konzession. Für die Gemeinde besteht damit die

Möglichkeit, die Werke selber zu betreiben. Energieversorgung ist aber nicht mehr Staatsaufgabe, sondern wird von der Wirtschaft besorgt. Die SVP fordert die Verlängerung der Betriebskonzessionen.

Doch auch angesichts der Bedeutung der Elektrizität als Schlüsselenergie ist ein Abbau der Auflagen für die Nutzung der Wasserkraft entscheidend. Strom ist in vielen Anwendungen nicht zu ersetzen, bietet sich aber als Substitut für andere Energien an. Heute deckt die Schweiz gut 60% ihres Strombedarfs<sup>24</sup> aus Wasserkraft, sie kann und muss diesen Anteil aber noch weiter ausbauen.

**Die SVP unterstützt den Erhalt und die Erneuerung bestehender Wasserkraftwerke. Der Bau neuer Anlagen ist vorbehaltlos zu prüfen und die Planung unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die SVP fordert mit der dringenden Revision des Gewässerschutzgesetzes den Abbau entwicklungshemmender Umweltauflagen.**

## **B) Kernenergie**

In der Schweiz teilen sich insgesamt 12 Behörden in die Verantwortung zum sicheren Betrieb der Kernanlagen und zum Schutz der Bevölkerung<sup>25</sup>. Sowohl Anlagen als auch Sicherheitsdispositiv werden international als vorbildlich beurteilt. Eine generelle zeitliche Befristung der Betriebsdauer ist vor diesem Hintergrund unsinnig und abzulehnen.

---

<sup>24</sup> 30% des in der Schweiz erzeugten Stroms verbrauchen die Haushalte, 60% Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen, weitere 8% die Bahnen und 2% schliesslich die Landwirtschaft.

<sup>25</sup> An erster Stelle steht die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK). Sie ist als Behörde für die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz zuständig. Daneben begleitet und begutachtet sie Projekte zur Endlagerung und nimmt die Aufsicht über die nuklearen Forschungsanlagen wahr. Die Sektion Kernenergie (BFE) beaufsichtigt die Sicherung der Kernanlagen gegen Sabotage und beurteilt Bewilligungen für die Ein- und Ausfuhr, den Transit und den Besitz von nuklearer Ausrüstung und Materialien. Als beratendes Organ steht die Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) in grundsätzlichen Fragen der Sicherheit und bei Stellungnahmen zu Gesuchen dem Bundesrat zur Seite. Das Sekretariat der KSA ist der HSK angegliedert. Für den Schutz der Bevölkerung bei erhöhter Radioaktivität sind die Eidgenössische Kommission für AC Schutz (KOMAC), die Nationale Alarmzentrale (NAZ), der Leitende Ausschuss Radioaktivität (LAR) der Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität (EOR), die HSK und die Kantone zuständig. Diese Behörden sind um die Vorbereitung, Koordination und Durchführung von Notfallmassnahmen besorgt. Im Bereich der Umweltfragen berät den Bundesrat die Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUeR). Die Sektion Überwachung der Radioaktivität (SUEr) überwacht das ganze Gebiet der Schweiz und kontrolliert zusammen mit der HSK die Strahlungsmenge in der Umgebung der Kernanlagen. Als Subkommission der Eidgenössischen Geologischen Fachkommission (EGK) berät die Kommission Nukleare Entsorgung (KNE) das Bundesamt für Energie und die HSK in erdwissenschaftlichen Fragen der Endlagerung. Arbeiten und Bewilligungsverfahren zur nuklearen Entsorgung werden von der Arbeitsgruppe des Bundes für die nukleare Entsorgung (AGNEB) koordiniert. Und die Eidgenössische Kommission für Strahlenschutz (EKS) schliesslich berät den Bundesrat in grundsätzlichen Fragen des Strahlenschutzes und der entsprechenden Ausbildung.

Beim Betrieb fallen mit dem verbrauchten Kernbrennstoff ca. 4% hochradioaktive Stoffe an. Der Rest besteht aus Uran und Plutonium<sup>26</sup>. Sie können für die Herstellung neuer Brennelemente verwendet werden. Durch dieses Recycling entsteht ein geschlossener Stoffkreislauf (Kernbrennstoffkreislauf) und erhöht damit die Energieeffizienz der KKW. Ein Verbot der Wiederaufbereitung ist nicht nur aus Sicht der Energieeffizienz und des durch die Gegner verschärften Transportrisikos fragwürdig. Die Entwicklung neuer Reaktortypen, mit denen beispielsweise langlebige radioaktive Abfälle bestrahlt und abgebaut werden oder der Kernbrennstoff um ein Vielfaches besser ausgenutzt wird, ist auf die Wiederaufarbeitung angewiesen. Verzichtet man darauf, gibt man nicht nur eine industriell erprobte Recycling- und Entsorgungstechnik auf, sondern auch die Weiterentwicklung und nachhaltige Nutzung der Kernenergie.

Derjenige Anteil abgebrannter Kernelemente, der nicht aufbereitet werden kann, muss entsorgt werden, damit weder Umwelt noch Bevölkerung belastet werden. Da die Abfälle sehr langlebig sind, müssen für die Endlagerung langfristige Lösungen gefunden werden. Für mittel- und schwachradioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken, der Medizin, Industrie und Forschung stehen weltweit schon zahlreiche Endlager in Betrieb. Sie befinden sich meist in einigen bis einigen hundert Metern Tiefe. Die Schweiz verfügt in Würenlingen/AG über ein Zwischenlager, das die Abkühlung und Lagerung der Abfälle erlaubt, bis ein Standort für die abschliessende Entsorgung in einem Langzeitlager gefunden ist. In der bisher offenen Frage nach der Entsorgung sind vorbehaltlos alle Optionen zu prüfen.

Die Stromproduktion aus Kernkraft erfolgt schliesslich frei von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Gerade im Hinblick auf den Klimaschutz steht in absehbarer Zeit kein gleichwertiger Ersatz für die Kernenergie zur Verfügung. Ohne Kernkraft hätte der CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Schweiz in den letzten Jahren um ca. 35% (Ersatz durch Kohle) bzw. um ca. 25% (bei Ersatz durch Heizöl extraleicht) höher gelegen<sup>27</sup>.

**Die SVP bekennt sich klar und vorbehaltlos zur bewährten Energiekombination von annähernd 60% Wasserkraft und 40% Kernenergie und befürwortet auch die Option der Wiederaufbereitung von Brennelementen. Sie lehnt eine generelle zeitliche Befristung der Betriebsbewilligung der KKW klar ab. Die SVP verlangt die unbedingte Prüfung aller Optionen zur Lösung des Entsorgungsproblems.**

---

<sup>26</sup> [www.atom-energie.ch](http://www.atom-energie.ch)

<sup>27</sup> CO<sub>2</sub>-Papier, S. 24.

## **C) Erdöl**

### **a) Verarbeitung des Rohöls**

Die beiden Inlandraffinerien Cressier und Collombey vermögen etwa 30% des schweizerischen Bedarfs an Erdölprodukten zu decken. Die restliche Menge an benötigten Erdölprodukten muss importiert werden, vorwiegend aus der EU und aus Afrika<sup>28</sup>.

Im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung werden die Raffinerien verschärften Anforderungen an die Qualität der Treibstoffe, die einen Schwefelgehalt von weniger als 0,001% aufweisen sollen, begegnen müssen. Gerade weil die Schweiz eine sehr ehrgeizige CO<sub>2</sub>-Politik verfolgt, ist die Veredelung hierzulande von Bedeutung. So kann ein Teil der benötigten Erdölderivate, die die strengeren gesetzlichen Vorschriften an Brenn- und Treibstoffe erfüllen können, vor Ort hergestellt werden. Die beiden Raffinerien sind ans europäische Pipelinesystem angeschlossen und können nahe beim Konsumenten produzieren. Sie schaffen und erhalten auch Arbeitsplätze und helfen, Knowhow aufzubauen und zu erhalten. Insgesamt leisten die beiden Raffinerien einen Beitrag zur Verringerung der Auslandsabhängigkeit beim Bezug von Erdölprodukten.

**Die SVP begrüsst die Veredelung von Rohöl im Inland als Beitrag zur Verringerung der Auslandsabhängigkeit.**

### **b) Brennstoffe**

Das auch mengenmässig wichtigste Produkt unter den Brennstoffen ist Heizöl extraleicht. Es wird vorwiegend zum Beheizen von Wohnungen und zur Warmwasseraufbereitung verwendet. Verschiedene andere Energieträger haben sich als durchaus wirkungsvoll erwiesen und sich als Ersatz für Erdölbrennstoffe etabliert. So kommen heute immer mehr Gas-, Fernwärme- und Holzsnitzelheizungen zum Einsatz. Dieser Ersatz ist begrüssenswert, insbesondere wenn einheimische Energieträger genutzt werden. Dank einer strengen Forstpolitik verfügt die Schweiz über den emissionsneutralen und erneuerbaren Energieträger Holz. Auch die Geothermie kann genutzt werden. Und kleinere Anlagen, die die Sonnenenergie nutzen, lassen sich in die bereits bestehende Infrastruktur integrieren.

**Die SVP begrüsst bauliche Standarts, welche insgesamt die Energieeffizienz steigern und einheimische Energieträger nutzen. Eine steuerliche Entlastung ist zu prüfen.**

---

<sup>28</sup> Erdöl-Vereinigung, Jahresbericht 2001.

### **c) Treibstoffe**

Im Gegensatz zu den Brennstoffen hat der Verbrauch von Treibstoffen auf der Basis von Rohöl auch seit der Erdölkrise weiter zugenommen. Zwar wurden die Motoren effizienter, der Wirkungsgrad des Treibstoffes erhöht und der Verbrauch gedrosselt. Andererseits ist aber das Verkehrsaufkommen gewachsen und wird in absehbarer Zeit wachsen. Der Grund dafür liegt in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die auch die Schweiz erfassen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Verhinderungspolitik des Bundes zu verurteilen. Einerseits schliesst er, beispielsweise mit der Energieetikette, Branchenlösungen ab, verhindert aber gleichzeitig praktikable Lösungen, die auch individuell umsetzbar sind. So macht sich die SVP seit längerem für eine steuerliche Entlastung alternativer Treibstoffe wie Dieselöl, Erdgas u.a. stark. Sowohl mit Rücksicht auf die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist diese Politik weiter zu verfolgen, wie auch als Anreizsystem für Investitionen auf Produzenten- und Konsumentenseite. Das Instrument schützt darüber hinaus die Inlandraffinerien vor billigen Treibstoffimporten mit hohem Schwefelgehalt.

**Die SVP setzt sich für die haushaltsneutrale steuerliche Entlastung emissionsarmer Treibstoffe wie Dieselöl, Erdgas u.a. ein.**

### **D) Erdgas**

Mit Erdgas steht ein hochwertiger Energieträger zur Verfügung, der im Gegensatz zu anderen fossilen Energieträgern nicht nur einen höheren Wirkungsgrad aufweist, sondern auch wesentlich weniger CO<sub>2</sub> freisetzt. Im Vergleich mit Heizöl etwa werden bei der Verbrennung 25% weniger CO<sub>2</sub> freigesetzt<sup>29</sup>. Im Hinblick auf das Potenzial, über das Gas in verschiedener Hinsicht verfügt, kommt ihm bisher nicht die entsprechende Bedeutung zu.

Erdgas kann in allen seine Anwendungen ersetzt werden, sowohl als Brennstoff wie als Treibstoff. Allerdings sind bisher noch wenige Fahrzeuge auf dem Markt, die mit Erdgas angetrieben werden können. Der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur nimmt noch einige Zeit in Anspruch. Dennoch ist die haushaltsneutrale Verbilligung von Erdgas als Treibstoff im Hinblick auf das CO<sub>2</sub>-Gesetz weiter zu verfolgen.

Am Beispiel des Erdgases zeigt sich denn auch die Problematik der Belastung durch Abgaben. Es wird eine Energie besteuert, die sich als hochwertiges Substitut anböte und auch das entsprechende Potenzial aufweist. Damit werden einerseits Investitionen auf Produzenten als auch auf Kundenseite verhindert. Andererseits werden so Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele unterlaufen und der weiteren, ideologisch bedingten Besteuerung von Energie Vorschub geleistet.

---

<sup>29</sup> Verband der Schweizerischen Gasindustrie, Erdgas – Daten und Fakten, S. 19.

**Die SVP begrüsst private Initiative und fordert günstige Rahmenbedingungen für den Einsatz hochwertiger Energieträger. Sie fordert die haushaltsneutrale Entlastung des emissionsarmen Treibstoffes Erdgas.**

## **E) Erneuerbare Energien**

Unter dem Eindruck von EnG und CO<sub>2</sub>-Gesetz wird den erneuerbaren Energien grosse Bedeutung beigemessen. Sie sollen bis ins Jahr 2010 die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen auf 500GWh steigern, was etwa 1% des gegenwärtigen Verbrauchs von Elektrizität ausmacht<sup>30</sup>. An diesem Ziel wird aber auch klar ersichtlich, wie gering das Potenzial der erneuerbaren Energien mittelfristig ist. Eine Förderung mittels Lenkungsabgaben und die Subventionierung dieser Energieformen in ihrer Anwendung sind abzulehnen.

**Die SVP befürwortet Massnahmen zur effizienten Nutzung aller Energien nach wirtschaftlichen Kriterien. Lenkungsabgaben und die Subventionierung der Anwendungen sind als Marktverzerrungen abzulehnen.**

### **a) Windenergie**

Die Nutzung des Windes zur Stromproduktion hat gewisse Vorteile. Windanlagen verfügen grundsätzlich über einen hohen Wirkungsgrad, können Strom antizyklisch produzieren und ihr Rückbau hat kaum Folgen für die Umwelt. Dem stehen allerdings auch Nachteile gegenüber. An exponierten Standorten müssen die Rotorblätter beheizt und bei der Standortwahl raumplanerische Überlegungen berücksichtigt werden. Zudem kann der Wind zu schwach oder zu stark wehen. Deshalb muss zusätzlich Bandenergie bereitgestellt werden, um die Verbrauchsspitzen abzudecken. Damit verringert sich das Potenzial von Windanlagen. Insgesamt wird der Windenergie nur gerade ein Potenzial von 10-20% an den durch das EnG vorgegebenen 500 GWh vorausgesagt. Propagiert wird derzeit der Import von Windenergie aus der Nordsee. Das erscheint unrealistisch, denn neben ungelösten technischen Problemen ergeben sich grosse Transportverluste, die der Forderung nach mehr Effizienz widersprechen!

**Die SVP begrüsst die Windenergie als Faktor einer diversifizierten Stromversorgung.**

---

<sup>30</sup> Pressemitteilung BUWAL vom 5. November 2001.

## **b) Sonnenenergie**

Entgegen anders lautenden Behauptungen tritt die Nutzung der Sonnenenergie durchaus in Konflikt mit raumplanerischen Anliegen. Sonnenkollektoren blenden! Ein Vorteil aber ist, dass sich kleinere Anlagen ohne grossen Aufwand in die bestehende Infrastruktur integrieren lassen. Bei grösseren Anlagen sind jedoch Anpassungen im Netz erforderlich.

Die passive Nutzung der Sonnenenergie ist für die Haustechnik von Interesse. Sie nutzt die direkte Sonneneinstrahlung und lässt sich zur Beheizung und zur Warmwasserbereitung nutzen. Mit der aktiven Nutzung mittels Photovoltaik lässt sich Strom produzieren. Autonome Anlagen unterstützen die Energieversorgung, netzgekoppelte Anlagen dagegen erlauben die Einspeisung von Überschüssen ins Netz. Mit Preisen von 80 bis 120 Rappen pro kWh, ohne Subventionen, ist photovoltaisch produzierter Strom aber extrem teuer.

**Die SVP begrüsst die Nutzung der Sonnenenergie als weitere Diversifizierung und als dezentrale Erzeugungsart. Sie setzt sich für eine liberale Bewilligungspraxis ein.**

## **c) Biomasse**

Holz gilt als emissionsneutraler Energieträger. Zwar werden bei der Verbrennung CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestossen, doch können diese mit den durch das nachwachsende Holz gebundenen Mengen CO<sub>2</sub> verrechnet werden. Gemäss Kyoto-Protokoll ist es zulässig, durch Aufforstungen erzielten Holzzuwachs von den Emissionen abzuziehen. Die SVP fordert, dass die auf strenger Gesetzgebung basierende Bewirtschaftung des schweizerischen Waldbestandes als CO<sub>2</sub>-Senke angerechnet wird<sup>31</sup>! Trotz dieser vorläufigen Unwägbarkeit ist Holz der wichtigste einheimische erneuerbare Energieträger nach der Wasserkraft. Ein grosser Teil des vorhandenen Holzes wird derzeit aber nicht genutzt, weil Umweltschutzverbände die Erschliessung des Waldes und damit die Abfuhr des Holzes verhindern.

Die übrige Biomasse wird unterschieden nach Abfall- und Reststoffen und eigens zur Energiegewinnung erzeugter Biomasse, wie Chinaschilf oder Ölsaaten. Der Anbau dieser Pflanzen unterstützt die Produktion von Strom aus Biomasse und bietet mit dem aus Raps erzeugten Biodiesel auch die Möglichkeit, fossile Treibstoffe zu ersetzen.

**Die SVP fordert günstige Rahmenbedingungen für den vermehrten Einsatz einheimischer Biomasse zur Energiegewinnung.**

---

<sup>31</sup> CO<sub>2</sub>-Papier, S. 11.

#### **d) Geothermie**

Unter Geothermie wird die Nutzung der natürlichen Erdwärme verstanden. Bis in die Tiefe von ca. 10 Metern ist die Bodentemperatur von den meteorologischen Verhältnissen, Jahres- und Tageszeiten abhängig. Unter 10 Metern dagegen wirkt nur noch die Erdwärme unabhängig von Jahreszeit und Witterung. Sie nimmt pro 100 Meter um jeweils zwischen 2,5° und 4° C zu.

Die Nutzung der Erdwärme hat verschiedene Vorteile. So ist die Geothermie ständig und unabhängig von äusseren Einflüssen verfügbar. Sie benötigen nur wenig Platz am Ende des Bohrlochs. Zudem sind in der Schweiz sowohl für Ein- und Mehrfamilienhäuser wie auch für Siedlungen und ganze Quartiere bereits praxiserprobte Lösungen verfügbar. Ein gewisses Potenzial zur Wärmegewinnung bieten möglicherweise auch die beiden NEAT-Tunnelprojekte. Derzeit werden Potenzialabschätzungen vorgenommen und mögliche Abnehmer identifiziert. Derartige Synergien sind im Dienst einer gesteigerten Effizienz auf ihr Potenzial zu prüfen.

**Die SVP begrüsst die Nutzung von Synergien zwischen öffentlicher Infrastruktur und Anlagen alternativer Energiegewinnung.**

## Glossar

CO <sub>2</sub> -Gesetz	Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die Reduktion der CO <sub>2</sub> - Emissionen
Derivat	Kohlenwasserstoffverbindung (Benzin, Diesel, Schweröl usw.), die aus einer anderen Kohlenwasserstoffverbindung entstanden ist.
Diskriminierungen	Massnahmen, die den Zugang Dritter zu den Verteilnetzen verhindern oder erschweren.
Diversifizierte Energieversorgung	Beruhet auf der Verwendung möglichst vieler und verschiedener Energieträger.
Effizienz	Bezeichnet das Verhältnis zwischen eingesetzter Primärenergie und der tatsächlich genutzten Energie.
EnergieSchweiz	Verbund des Bundesamtes für Energie und der Energieagenturen der Die Industrie, die KMU und das Gewerbe zur Umsetzung des Programms zur Erreichung der Reduktionsziele gemäss CO <sub>2</sub> -Gesetz und zur Steigerung der Energieeffizienz gemäss EnG.
EMG	Elektrizitätsmarktgesetz, abgelehnt am 22. September 2002.
EnG	Energiegesetz vom 26. Juni 1998
Erneuerbare Energien	Als erneuerbar werden Energieträger bezeichnet, die nachwachsen oder beinahe unbeschränkt zur Verfügung stehen, wie Wasser, Holz, Sonnenenergie, Windkraft usw.
Leitungsgebundene Energien	Energieformen, die für ihren Transport auf Leitungen angewiesen sind, wie Elektrizität oder Gas.
Ökologische Steuerreform	Steuerreform, die sich zum Ziel setzt, mittels Besteuerung die Nutzung so genannt umweltschonender Energien zu forcieren und den Energieverbrauch zu senken.
Photovoltaik	Technologie zur Gewinnung von Energie aus dem Sonnenlicht mittels Solarzellen.
Substitut	Ersatz
substituierbar	ersetzbar
Transportverlust	Beim Transport von Strom geht ein Teil in Form von Wärme verloren.
Wirkungsgrad	Zeigt an, wie viel der ursprünglich eingesetzten Energie bei der Umwandlung in eine andere Energieform tatsächlich umgewandelt wurde.

## Masseinheiten

### Dezimalfaktoren

Bezeichnung:	Faktor:	
Kilo (k)	$10^3$	1 000
Mega (M)	$10^6$	1 000 000
Giga (G)	$10^9$	1 000 000 000
Tera (T)	$10^{12}$	1 000 000 000 000
Peta (P)	$10^{15}$	1 000 000 000 000 000

### Masseinheiten

Grösse	Masseinheit	Zeichen	Umrechnung
Leistung	Watt	[W]	
	Pferdestärke	[PS]	1 PS = 735 W
Energie	Joule	[J]	
	Wattsekunde	[WS]	1 WS = 1 J
	Kilowattstunde	[kWh]	1 kWh = 3 600 000 J = 3,6 MJ
	Kalorie	[cal]	1 cal = 4,186 J